

Niederschrift der 17. Sitzung des Kreisausschusses am 06.03.2018 - öffentlicher Teil

Datum: 06.03.2018

Zeit: 17:00 Uhr –19:25 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

Landrat

Herr Dietmar Schulze Landrat

SPD/BVB-Fraktion

Herr Frank Bretsch SPD/BVB
Herr Burkhard Fleischmann SPD/BVB (für Herrn Uwe Neumann)
Herr Jürgen Hoppe SPD/BVB
Herr Wolfgang Seyfried SPD/BVB

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt CDU (für Herrn Jens Koeppen)
Herr Dr. Hans-Otto Gerlach CDU
Herr Henryk Wichmann CDU

Fraktion DIE LINKE

Herr Axel Krumrey DIE LINKE (für Frau Madlen Bismar bis 18:02 Uhr)
Herr Heiko Poppe DIE LINKE (für Herrn Gerhard Rohne)

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler FDP (für Herrn Dr. Alexander Genschow)

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jürgen Mittelstädt BLR

Verwaltung

Herr Frank Fillbrunn 2. Beigeordneter
Herr Karsten Stornowski 3. Beigeordneter
Frau Dr. Michaela Hofmann Amtsleiterin Gesundheits- und (bis 18:27 Uhr)
Veterinäramt
Herr Ralf Meier Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt

Herr Jörg Brämer Büroleiter Landrat

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt Büro des Kreistages

Gäste

Frau Susanne Henckel	Geschäftsführerin der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB)
Frau Anet Hoppe	Geschäftsführerin Tourismus Marketing Uckermark GmbH (tmu)
Frau Brigitte Eikemper- Gerlach	Sachkundige Einwohnerin des Ausschus- ses für Finanzen und Rechnungsprüfung

Abwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Herr Uwe Neumann	SPD/BVB	entschuldigt
------------------	---------	--------------

CDU-Fraktion

Herr Jens Koeppen	CDU	entschuldigt
-------------------	-----	--------------

Fraktion DIE LINKE

Frau Madlen Bismar	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Gerhard Rohne	DIE LINKE	entschuldigt

FDP-Fraktion

Herr Dr. Alexander Genschow	FDP	entschuldigt
-----------------------------	-----	--------------

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Bernd Hartwich	Grüne/RdUM	entschuldigt
---------------------	------------	--------------

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Wichmann begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, den 3. Beigeordneten Herrn Stornowski, die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung sowie alle Gäste und den Vertreter der Medien.

Herr Wichmann stellt fest, dass 12 von 13 Mitgliedern des Kreisausschusses anwesend sind und der Kreisausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Wichmann teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

In Abänderung der heutigen Tagesordnung weist Herr Wichmann darauf hin, dass die ursprünglich als TOP 20 vorgesehene - Präsentation des Projektes "Strukturmig-

ration im Mittelbereich Templin (StimMT)" – heute entfallen muss, da eine Berichterstattung aus terminlichen Gründen heute nicht erfolgen kann. Die Präsentation wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 05.06.2018 stattfinden.

Des Weiteren informiert er darüber, dass der Landrat zwischenzeitlich noch eine Beschlussvorlage - Stellungnahme zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion (LEP HR) (BV/047/2018/1) – eingereicht hat, die zusätzlich in die heutige Tagesordnung aufzunehmen ist. Er bittet darum, diese Beschlussvorlage nach den zu behandelnden Anträgen als TOP 8 in die Tagesordnung einzuordnen. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich dadurch entsprechend in der Nummerierung.

Herr Wichmann weist noch darauf hin, dass den Ausschussmitgliedern mit der DS-Nr. BV/024/2018/1 zur heutigen Sitzung eine 2. Version des Kindertagesstättenbedarfsplanes (Fortschreibung 2017) zugegangen ist, die an Stelle der Beschlussvorlage BV/024/2018 in der heutigen Sitzung zu behandeln ist.

Abschließend macht er noch auf eine offensichtliche Unrichtigkeit in der Bezeichnung der unter TOP 16 der versandten Tagesordnung aufgeführten Beschlussvorlage BV/034/2018 hin. Die richtige Bezeichnung muss lauten: „Befristetes Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jahr 2018 und optional für 2019 aufgrund der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest“.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Wichmann teilt mit, dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Der Kreisausschuss stimmt der so geänderten Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 16. Sitzung des Kreisausschusses am 28.11.2017 - öffentlicher Teil
250/2017
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
 - 7.1 Stärkung der Mittelzentren als Anker kulturellen Lebens im ländlichen Raum
AN/042/2018
SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion, Fraktion BLR
 - 7.2 Stärkung des Mobilfunks in der Uckermark
AN/041/2018
Fraktion DIE LINKE, SPD/BVB-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion BLR

- 7.3 Resolution zur Kannenburger Schleuse in Templin
AN/044/2018
SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion, Fraktion Bauern/Ländlicher Raum
- 7.4 Antrag an den Kreistag zur „Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden im Landkreis Uckermark“
AN/045/2018
CDU-Fraktion
8. Stellungnahme zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion (LEP HR)
BV/047/2018/1
9. Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Potsdam für die Amtsperiode ab 01.07.2018
BV/005/2018
10. Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg für die Amtsperiode ab 19.08.2018
BV/006/2018
11. Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahlausschüsse zur Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jugendgerichte der Amtsgerichte Prenzlau und Schwedt/Oder und die Jugendstrafkammern des Landgerichts Neuruppin für die Amtsperiode 2019 bis 2023
BV/008/2018
12. Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018
BV/839/2017
13. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung im Budget des Rechtsamtes für Versicherungsbeiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung
BV/031/2018
14. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für den Um- und Ausbau der Kleinsportanlage der Oberschule Templin
BV/043/2018
15. Umsetzung des Kapitels 2 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 - KInvFG 2)
BV/009/2018
16. Kindertagesstättenbedarfsplan (Fortschreibung 2017)
BV/024/2018/1
17. Befristetes Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jahr 2018 und optional für 2019 aufgrund der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest
BV/034/2018
18. Erstellung eines Bildungsberichtes im Zusammenhang mit der Entstehung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements und Entwicklung einer Bildungsstrategie. Aufbauend auf die bisherigen vorbereitenden Arbeiten soll nun konkret die Erstellung des Bildungsberichtes für den Landkreis Uckermark erfolgen.
BV/020/2018
19. Vergabe von Fördermitteln 2018 entsprechend der Richtlinie für die Vergabe von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Uckermark über 2.500,00 Euro.
BV/021/2018
20. Berichterstattung der Geschäftsführung der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe
BR/013/2018

21. Berichterstattung der Geschäftsführung der tmu Tourismus Marketing Uckermark GmbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe
BR/012/2018
22. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungs-, Seniorenbeauftragte und der Beauftragten für Menschen mit Behinderung
BR/001/2018
23. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im IV. Quartal 2017
BR/004/2018
24. Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2016
BR/011/2018
25. Bericht des Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark für das Jahr 2017
BR/023/2018
26. Jahresbericht 2017 und BuT-Berichterstattung
BR/017/2018

**zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 16. Sitzung des Kreisausschusses am 28.11.2017 - öffentlicher Teil
250/2017**

Herr Wichmann stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 16. Sitzung des Kreisausschusses am 28.11.2017 geltend gemacht wurden und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Wichmann merkt an, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Wichmann stellt fest, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Wichmann teilt mit, dass keine Anfragen vorliegen.

zu TOP 7: Anträge

zu TOP 7.1: Stärkung der Mittelzentren als Anker kulturellen Lebens im ländlichen Raum

AN/042/2018

SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion, Fraktion BLR

Herr Bretsch merkt u.a. an, dass mit dem Antrag die Absicht besteht, diejenigen Bereiche, die bisher bei den Mittelzentren eine stetige kulturelle Förderung nicht erhalten haben, miteinzubeziehen.

Herr Dr. Gerlach teilt mit, dass er den vorliegenden Antrag für sehr schwierig hält. Er regt an in diesem Zusammenhang zu prüfen, inwieweit sich der Landkreis in sehr detaillierte Vorgänge in den Gemeinden engagieren sollte. Herr Dr. Gerlach weist darauf hin, dass die neu erzeugten Ausgaben durch die Kreisumlage gedeckt sind, die von allen Gemeinden erhoben werden. Er be-

mängelt aber, dass die beabsichtigte Förderung nur einigen Gemeinden zu gute kommen würde. Herr Dr. Gerlach begrüßt zwar die Förderung einzelner Gemeinden, hält aber eine Senkung der Kreisumlage für den besseren Weg, um den Gemeinden dadurch Geld zur Verfügung zu stellen, damit diese ihre Kultureinrichtungen selber fördern können.

Herr Dr. Gerlach teilt mit, dass er aus den genannten Gründen eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten abgibt und kündigt an, dass er sich nicht positiv zu diesem Antrag äußern wird, nicht weil er in der Sache falsch ist, sondern weil man irgendwann darüber sprechen muss, wie man grundsätzlich mit der Ausgleichsfunktion des Landkreises und der Kreisumlage umgeht.

Herr Bretsch führt aus, dass der Antrag ein Beispiel dafür ist, wie der Landkreis seiner Ausgleichsfunktion nachkommt. Er weist u. a. darauf hin, dass es zukünftig vier Mittelzentren geben wird, die diese Gelder erhalten sollen, weil sie fast alle Bereiche im Landkreis abdecken und für die umgebenden Ortschaften eine Bedeutsamkeit entwickeln. Herr Bretsch merkt an, dass eine Gleichberechtigung bei der kulturellen Förderung im Landkreis angestrebt wird.

Der Kreisausschuss stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Zur Stärkung der Mittelzentren als Anker im ländlichen Raum wird der Landrat gebeten, in Abstimmung mit den Mittelzentren ein Konzept der Zusammenarbeit und finanziellen Unterstützung im kulturellen Bereich zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. Zielstellung soll dabei sein, die nachhaltige Zusammenarbeit und Förderung mit einer kulturellen Einrichtung je Mittelzentrum langfristig abzusichern.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltungen: 3

Herr Dr. Gerlach merkt an, dass es richtig ist, das Abstimmungsergebnis gemäß Kommunalverfassung als einstimmig zu bezeichnen. Er teilt jedoch mit, dass er es als eine zusätzliche Dienstleistung ansehen würde anzugeben, dass es drei Enthaltungen gegeben hat.

Herr Wichmann weist darauf hin, dass das Kreistagsbüro auch die Enthaltungen in der Niederschrift vermerkt.

Herr Hoppe ist der Auffassung, dass man nicht einfach die Geschäftsordnung ändern kann und weist auf die verschiedenen Möglichkeiten hin, die gemäß Geschäftsordnung bezüglich des Abstimmungsergebnisses möglich sind. Er macht u.a. darauf aufmerksam, dass man verlangen kann, sein persönliches Abstimmungsverhalten zu Protokoll zu nehmen.

Herr Wichmann merkt an, dass es im Kreisausschuss immer so gemacht wird, dass ausgezählt und auch festgehalten wird, wie viele Ja- und Neinstimmen es zu den einzelnen Anträgen und Beschlussvorlagen gibt. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf die entsprechende Übersicht hin, in der die Stimmergebnisse aus allen Ausschüssen dargestellt werden und in der immer auch die Enthaltungen als Rubrik mit aufgeführt sind. Herr Wichmann merkt an, dass es nur darum geht, wie man das Abstimmungsergebnis bezeichnet.

Im vorliegenden Fall handelt es sich um ein einstimmiges Ergebnis, trotz der drei Enthaltungen.

zu TOP 7.2: Stärkung des Mobilfunks in der Uckermark

AN/041/2018

Fraktion DIE LINKE, SPD/BVB-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion BLR

Herr Poppe sieht Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Mobilfunkversorgung und bittet deshalb um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Herr Wichmann begrüßt die Initiative zur Verbesserung der Mobilfunkversorgung in der Uckermark und informiert darüber, dass in diesem Zusammenhang auch mehrere Anträge seitens der CDU-Landtagsfraktion sowie gemeinsam mit den Regierungsfractionen in den Landtag eingebracht wurden. Er merkt an, dass zum Ende des letzten Jahres eher noch eine ablehnende Haltung seitens des Landes hierzu vorlag, da man der Ansicht war, dass es Sache des Bundes und der Mobilfunkanbieter sei und das Land hier nicht viel tun könne. Er bemängelt die teilweise schlechte Netzabdeckung um den Berliner Raum und hält es für nicht akzeptabel, dass die Mobilfunkanbieter nur da investierten, wo es für sie lukrativ erscheint. Herr Wichmann plädiert dafür, bei der Vergabe von Mobilfunklizenzen die Anbieter zu verpflichten, auch strukturschwächere Gebiete mitzuversorgen. Er begrüßt den vorliegenden Antrag, mit dem der Landrat beauftragt werden soll, für die Region nochmals aktiv vorzusprechen und etwas gemeinsam auf den Weg zu bringen, um noch bestehende Funklöcher zu schließen.

Der Landrat kündigt an, sich nach der Neubildung der Bundesregierung bei der zuständigen Bundesministerin in vorliegender Angelegenheit einzusetzen.

Der Kreisausschuss stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Landrat wird gebeten, unterversorgte Bereiche im Mobilfunknetz im Landkreis Uckermark festzustellen und sich für die Beseitigung dieser bei den entsprechenden Stellen einzusetzen.

Darüber hinaus wird der Landrat gebeten, bei der Absicherung des Internetanschlusses im Raum Neukünkendorf jegliche mögliche Unterstützung durch die Kreisverwaltung zu geben sowie ggf. weitere benachteiligte Regionen bezüglich der Internetanbindung zu identifizieren und gleichermaßen tätig zu werden.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7.3: Resolution zur Kannenburger Schleuse in Templin

AN/044/2018

SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion, Fraktion BLR

Herr Banditt informiert darüber, dass sich die CDU-Fraktion hinsichtlich einer möglichen Beteiligung am vorliegenden Antrag beraten hat. Er teilt mit, dass prinzipiell Zustimmung signalisiert wurde, die Fraktion jedoch die Auffassung vertritt, dass es nicht richtig ist, mit dieser Angelegenheit die Kanzlerin zu bemühen. Herr Banditt signalisiert trotz dieser Auffassung Zustimmung seitens der CDU-Fraktion zum vorliegenden Antrag.

Herr Poppe weist darauf hin, dass es nicht nur um den einzigen Wasserwanderweg für Touristen nach Templin, sondern auch darum geht, dass es sich um einen Präzedenzfall dahingehend handelt, dass eine Instandsetzung der Schleuse auch planerisch so lange vor sich her geschoben wurde, bis es gar nicht mehr geht und eine Schließung erforderlich ist.

Herr Krumrey hält es u.a. für denkbar, dass es noch eine bestimmte Nähe der Kanzlerin zu ihrem alten Heimatort Templin gibt und dass sie deshalb das entsprechende Anliegen an den zuständigen Fachminister weitergibt.

Der Kreisausschuss stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die beigefügte Resolution zur Kannenburger Schleuse und wendet sich mit dieser an die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7.4: Antrag an den Kreistag zur „Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden im Landkreis Uckermark“
AN/045/2018
CDU-Fraktion

Herr Dr. Gerlach weist auf die dem Antrag beigefügte Anlage – Entwicklung der finanziellen Lage des Landkreises Uckermark – hin, aus der eine positive finanzielle Entwicklung für den Landkreis zu erkennen ist. Er macht darauf aufmerksam, dass über die Jahre immer mehr Geld von den Gemeinden über die Kreisumlage an den Landkreis geflossen ist, als dieser zur Deckung seines Fehlbedarfs benötigt. Herr Dr. Gerlach hält es deshalb für angebracht, noch vor der Vorlage eines neuen Haushaltsentwurfs darüber zu sprechen, das Finanzpolster für den Landkreis nicht weiter zu erhöhen, sondern den Gemeinden etwas zurückzugeben, in dem man die Kreisumlage senkt.

Herr Poppe hält es im Zuge der Haushaltsaufstellung prinzipiell für richtig, auch über die Höhe der Kreisumlage zu diskutieren. Er geht davon aus, dass bei der Haushaltsaufstellung seitens der Verwaltung auch geprüft wird, wie hoch der Finanzbedarf des Landkreises ist und wie hoch die Kreisumlage daraufhin festgesetzt werden muss. Herr Poppe hält den vorliegenden Antrag jedoch in einem Punkt für zu kurz und weist u.a. darauf hin, dass der Landkreis auch in schwierigen Haushaltslagen seine Ausgleichsfunktion auch im nichtpflichtigen Bereich sehr ernst genommen hatte. Dieser Fakt werde jedoch im vorliegenden Antrag ausgeblendet. Herr Poppe merkt an, dass er dem Antrag in der vorliegenden Form so nicht zustimmen wird, um nicht jetzt schon festzulegen, um welche Summe die Kreisumlage gegebenenfalls gesenkt werden soll. Er plädiert dafür, dieses im Zuge einer Haushaltsdebatte mit zu diskutieren und zum einen darüber zu sprechen, wie weit die Kommunen entlastet werden können und sollen und wie weit der Landkreis auch im nichtpflichtigen Bereich, wie Kunst und Kultur, Haushaltsmittel zur Verfügung stellt.

Herr Bretsch kündigt an, dem vorliegenden Antrag u.a. deshalb nicht zuzustimmen, da ein Vorgriff auf Gelder erfolgen soll, die für den Haushalt 2019/2020 eingestellt werden sollen, aber seitens der SPD-Fraktion noch nicht

benannt werden können. Bezug nehmend auf die von Herrn Poppe angesprochene Stärkung der Mittelzentren und den dazu vorliegenden Antrag weist er darauf hin, dass dort ganz bewusst keine Summe eingesetzt wurde. Der Hintergrund dafür ist, dass in der Durchführung des laufenden Haushalts festgestellt wurde, dass es Bereiche gibt, die den Landkreis in nicht vorhersehbarer Weise gefordert haben, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe. Herr Bretsch hält es für nicht richtig, jetzt schon eine Summe für die Senkung der Kreisumlage zu benennen. Er ist der Auffassung, dass die Verantwortung darin liegen muss, deutlich zu machen, dass gemeinsam zwischen Kreistagsmitgliedern und der Verwaltung darüber zu reden sein wird, wie die pflichtigen und auch die freiwilligen Aufgaben mit der entsprechenden Summe ausgestattet werden können und dennoch die Möglichkeit besteht, die Kreisumlage zu senken. Herr Bretsch hält es deshalb nicht für besonders förderlich, der Verwaltung eine Zielvorgabe für die Senkung der Kreisumlage zu geben, ohne abzuwarten, welches Angebot die Verwaltung hierzu unter Berücksichtigung der Umsetzung ihrer Aufgaben heraus macht. Herr Bretsch kündigt noch an, zum Kreistag einen Antrag einzubringen, der u.a. auch die Intention der Senkung der Kreisumlage beinhaltet.

Herr Dr. Gerlach merkt u. a. an, dass der Antrag AN/045/2018 nicht als Vorgabe, sondern als Bitte aufzufassen sei, zu prüfen. Er teilt mit, dass es sich bei der genannten Summe um eine subjektive Einschätzung dessen handelt, was verträglich wäre.

Herr Regler kündigt an, seitens der FDP-Fraktion den vorliegenden Antrag nicht mitzutragen. Er weist auf die Diskussion zur Kreisumlage im Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung im Jahr 2017 hin, im Ergebnis dessen man sich dazu verständigt hat, dass im Zuge der Haushaltsdiskussion 2019/2020 nicht nur Vorschläge der Verwaltung, sondern auch der Fraktionen hierzu in den Haushaltsentwurf eingearbeitet werden sollen. Herr Regler plädiert dafür, erst nach Vorlage des Haushaltsentwurfs 2019/2020 bei der Festlegung der konkreten Höhe der Kreisumlage mitzuwirken.

Herr Krumrey bittet darum, neben der gestiegenen Einnahmesituation auch die gestiegenen Ausgaben des Landkreises zu berücksichtigen, die u. a. auch durch entsprechende Anträge der Fraktionen bedingt sind. Er merkt an, dass er grundsätzlich nichts gegen das Ansinnen des Antrages hat, hält es aber für richtig, erst dann über die Höhe der Kreisumlage zu diskutieren, wenn sowohl die genaue Einnahme- als auch Ausgabesituation Landkreises für den Haushalt 2019/2020 besser bekannt ist.

Herr Banditt hält den Antrag für berechtigt, weil er von einer entsprechenden Gewinnsituation im Haushalt des Landkreises ausgeht. Er wirbt um entsprechende Zustimmung, um dadurch die Bürgerinnen und Bürger an der positiven Entwicklung des Kreishaushaltes teilhaben zu lassen.

Herr Hoppe spricht sich u.a. dafür aus, erst dann gemeinsam über die Höhe der Kreisumlage zu sprechen, wenn der Kreishaushalt eingebracht wird, da man ansonsten die Haushaltsdiskussion vorwegnimmt.

Der Kreisausschuss lehnt den Antrag ab und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss nicht zu fassen:

„Der Landrat möge prüfen, ob nicht zur Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden des Landkreises die Kreisumlage in der nächsten Haushaltsperiode erheblich gesenkt werden kann, so dass den Gemeinden ein Mehrbetrag von 4-5 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung steht.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 3 Nein: 7 Enthaltungen: 2

**zu TOP 8: Stellungnahme zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes
Hauptstadtregion (LEP HR)
Vorlage: BV/047/2018/1**

Herr Wichmann dankt dem Landrat für die kurzfristige Erarbeitung des Entwurfes der Stellungnahme des Landkreises zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion (LEP HR) und informiert u.a. auch darüber, dass sich die Enquete-Kommission des Landtages schon seit langem sehr intensiv mit dem Thema Landesentwicklungsplan beschäftigt hat, weil er seiner Meinung nach insbesondere für die ländlichen Regionen eher von Entwicklungshemmnissen als von Entwicklungsförderinstrumenten geprägt ist.

Herr Hoppe kritisiert u.a., dass gesetzlich vorgeschrieben ist, dass der Landesentwicklungsplan nicht durch den Landtag abgestimmt, sondern diesem nur zur Kenntnis gegeben wird. Er hält die erarbeitete Stellungnahme des Landkreises zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes für angemessen und plädiert für entsprechende Zustimmung seitens der Ausschussmitglieder.

Herr Bretsch weist u.a. darauf hin, dass es gemäß Landesentwicklungsplanes zu einer Ungleichbehandlung zwischen den urbanen und den ländlichen Bereichen kommt. Außerdem sei deutlich sichtbar, dass Entwicklungstendenzen, die die einzelnen Regionen für sich selbst erarbeiten, auf eine Art und Weise beschnitten werden, die nicht nachvollziehbar ist und dadurch der Eindruck einer willkürlichen Ungleichbehandlung der einzelnen Regionen erweckt wird. Herr Bretsch geht davon aus, dass auch die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim eine entsprechende Stellungnahme zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes abgeben wird, die sich insbesondere auf die spezifischen Aufgaben der Regionalplanung konzentriert. Herr Bretsch merkt an, dass es nicht sein kann, dass ein LEP HR zumindest in Teilen die gute Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim kontrahiert.

Herr Regler kritisiert u.a., dass sich die Dinge seit Anfang der 90er Jahre immer mehr an den kommunalen Bedarfen vorbeientwickelten.

Herr Dr. Gerlach nimmt Bezug auf die Formulierung des Beschlussvorschlages zur BV/047/2018 und möchte u.a. wissen, ob zu erwarten ist, dass sich die Landesregierung im Sinne der Einspruchsführenden tatsächlich bei der gemeinsamen Landesplanung verwenden kann und auch Gehör findet.

Der Landrat dankt der fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe, die bei der Erarbeitung der Stellungnahme zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes mitgewirkt hat und zu dem vorliegenden Ergebnis gekommen ist. Er weist anschließend auf die bestehende Rechtslage hinsichtlich der Erstellung und Beteiligung im Zusammenhang mit dem Landesentwicklungsplan hin. Der Landrat macht darauf aufmerksam, dass der Landkreis normalerweise nur als Träger öffentlicher Belange angehört werden muss. Er teilt mit, dass der Landkreis mit vorliegender Stellungnahme jedoch auch

politisch wirksam werden will und damit eine kommunalpolitische Botschaft an die politisch Verantwortlichen im Land gesendet werden soll.

Herr Wichmann weist u.a. darauf hin, dass die Landesplanung und auch das Landesamt für Statistik noch nicht realisiert haben, dass sich die Situation hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung inzwischen völlig verändert hat. Er kritisiert, dass die Landesregierung das Land nicht im Ganzen entwickeln will, sondern eine Einteilung in unterschiedliche Kategorien mit unterschiedlichen Rechten bei der Landesentwicklung vornimmt. Herr Wichmann merkt noch an, dass nach der ersten Beteiligungsrunde zum LEP HR nunmehr ein 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes vorgelegt wurde, in dem u.a. auch Angermünde als Mittelzentrum ausgewiesen ist.

Herr Banditt kritisiert u.a., dass die Landesregierung einem großen Agrarkreis wie der Uckermark nur eine untergeordnete landesplanerische Bedeutung beimisst.

Herr Mittelstädt informiert noch darüber, dass sich die Landwirtschaft zurzeit bei der Regionalplanung dafür einsetzt, dass Ackerland, neben Wald- und Naturschutzflächen, auch einen besonderen Schutzstatus erhält.

(Herr Krumrey geht um 18:08 Uhr.)

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1 *Der Kreistag beschließt die beigefügte Stellungnahme zum 2. Entwurf des LEP HR.*

2. *Der Landrat wird beauftragt, diese Stellungnahme an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg sowie die Präsidentin des Landtages Brandenburg zur weiteren Veranlassung zu übermitteln.“*

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 9: Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Potsdam für die Amtsperiode ab 01.07.2018
Vorlage: BV/005/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt, die in der Anlage benannten Bürgerinnen und Bürger in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Potsdam für die Amtsperiode ab 01.07.2018 aufzunehmen.“

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 10: Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg für die Amtsperiode ab 19.08.2018
Vorlage: BV/006/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag wählt fünf geeignete Bewerber/innen aus der als Anlage beigefügten Bewerberliste aus und beschließt, diese Bewerber/innen in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg für die Amtsperiode ab 19.08.2018 aufzunehmen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 11: Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahlausschüsse zur Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jugendgerichte der Amtsgerichte Prenzlau und Schwedt/Oder und die Jugendstrafkammern des Landgerichts Neuruppin für die Amtsperiode 2019 bis 2023
Vorlage: BV/008/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, die Wahl wie folgt durchzuführen:

- „1. Der Kreistag wählt aus der als Anlage 1 beigefügten Bewerberliste sieben Personen als Vertrauenspersonen für den Wahlausschuss zur Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für das Jugendgericht des Amtsgerichts Prenzlau und die Jugendstrafkammern des Landgerichts Neuruppin für die Amtsperiode 2019 bis 2023.
2. Der Kreistag wählt aus der als Anlage 2 beigefügten Bewerberliste sieben Personen als Vertrauenspersonen für den Wahlausschuss zur Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für das Jugendgericht des Amtsgerichts Schwedt/Oder und die Jugendstrafkammern des Landgerichts Neuruppin für die Amtsperiode 2019 bis 2023.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 12: Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018
Vorlage: BV/839/2017

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt folgende Änderungen zum Stellenplan:

1. Der Kreistag beschließt die Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018 insoweit, als dass die Stellen der Gesundheitsaufseher nach Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu bewerten sind.
2. Der Kreistag beschließt die Aufstockung des Stellenplanes 2018 um 1,0 VZÄ im Gesundheits- und Veterinäramt für eine Stelle SB Lebensmittelkontrolle. Ferner beschließt der Kreistag die genannte Stelle nach Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst im Stellenplan 2018 zu bewerten.
3. Der Kreistag beschließt die Aufstockung des Stellenplanes 2018 um 0,9 VZÄ im Jugendamt für eine Stelle SB Vormundschaften. Ferner beschließt der Kreistag die genannte Stelle nach Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst im Stellenplan 2018 zu bewerten.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 13: Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung im Budget des Rechtsamtes für Versicherungsbeiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung

Vorlage: BV/031/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung im Budget des Rechtsamtes für Versicherungsbeiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 14: Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für den Um- und Ausbau der Kleinsportanlage der Oberschule Templin

Vorlage: BV/043/2018

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag genehmigt die außerplanmäßige Auszahlung für den Um- und Ausbau der Kleinsportanlage der Oberschule Templin in Höhe von 168.900,00 €.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 15: Umsetzung des Kapitels 2 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 - KInvFG 2)

Vorlage: BV/009/2018

Herr Dr. Gerlach möchte u.a. noch wissen, ob es noch weitere Schulen gibt, bei denen Nachholebedarf besteht.

Der Landrat weist darauf hin, dass es sich vorliegend um die Inanspruchnahme von Bundesmitteln im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Eigenmitteln des Landkreises handelt und teilt mit, dass er im Kreistag noch entsprechende Informationen zum gesamten Förderprogramm geben wird. Der Landrat merkt an, dass auch weiterhin noch Investitionsbedarf an Schulen des Landkreises besteht.

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Der Kreistag beschließt, die auf der Grundlage des Kapitels 2 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 – KInvFG 2) für den Landkreis Uckermark zur Verfügung stehenden Mittel gemäß der Anlage zu verwenden.*
- 2. Der Landrat wird beauftragt, die haushalterische Umsetzung zu veranlassen.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 16: Kindertagesstättenbedarfsplan (Fortschreibung 2017)

Vorlage: BV/024/2018/1

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt den Kindertagesstättenbedarfsplan (Fortschreibung 2017).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 17: Befristetes Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jahr 2018 und optional für 2019 aufgrund der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest

Vorlage: BV/034/2018

Herr Banditt dankt der Kreisverwaltung für die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen zur Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest und hält diese für einen ersten richtigen Schritt, dem weitere folgen werden.

Herr Dr. Gerlach möchte vom Landrat wissen, ob es im Landkreis eine übergroße Population an Schwarzwild gibt.

Der Landrat bestätigt dieses und weist auf begünstigende Faktoren wie das Klima oder den Maisanbau in der Region hin. Er macht jedoch darauf aufmerksam, dass die Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest nicht allein durch die Jägerschaft im Landkreis erfolgen kann, hält die vorgeschlagenen Maßnahmen aber für einen ersten vernünftigen Schritt.

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag Uckermark beschließt, für das Haushaltsjahr 2018 auf die Erhebung von Trichinenuntersuchungsgebühren zu verzichten. Gleichzeitig ermächtigt der Kreistag den Landrat, bei unveränderter Sachlage den Verzicht auf die Erhebung der Gebühren auch für das Haushaltsjahr 2019 anzuordnen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 18: Erstellung eines Bildungsberichtes im Zusammenhang mit der Entstehung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements und Entwicklung einer Bildungsstrategie. Aufbauend auf die bisherigen vorbereitenden Arbeiten soll nun konkret die Erstellung des Bildungsberichtes für den Landkreis Uckermark erfolgen.

Vorlage: BV/020/2018

Herr Poppe begrüßt die Vorlage zur Erstellung eines Bildungsberichtes. Er merkt u. a. an, dass mit dem Bildungsbericht eine datenbasierte Grundlage erarbeitet werden soll, aus der man entsprechende Schlussfolgerungen ziehen und Maßnahmen einleiten kann.

Herr Dr. Gerlach weist auf entsprechende Ausbildungsmessen hin und möchte wissen, warum Unternehmen diese Messen veranstalten aber keine entsprechenden Ausbildungsplätze anzubieten hätten.

Der Landrat merkt an, dass man dieses nicht verallgemeinern kann und viele Unternehmen auf den Messen auch Ausbildungsplätze anbieten. Der Landrat weist noch darauf hin, dass der Landkreis selbst auch ausbildet und auf Ausbildungsmessen vertreten ist.

Herr Bretsch nimmt u.a. auf die Abschlüsse von Schulabgängern Bezug und weist in diesem Zusammenhang auf aktuelle Pressemitteilungen hin. Er merkt an, dass sich unter den genannten 120 Schülern ohne Schulabschluss auch 91 Förderschüler befinden. Er macht darauf aufmerksam, dass diese Förderschüler alle einen Förderschulabschluss haben, nur dass dieser Abschluss durch die Kultusministerkonferenz (KMK) nicht anerkannt wird, was er für nicht akzeptabel hält. Herr Bretsch stellt fest, dass damit dreiviertel der Schüler ohne Schulabschluss keine Schüler ohne Schulabschluss sind und es nur an der entsprechenden Anerkennung mangelt. Er weist noch darauf hin, dass alle in der Uckermark verbleibenden Schüler ohne Schulabschluss die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen der Nichtschülerprüfungen nachzuqualifizieren.

Herr Banditt kritisiert u.a., dass Förderschüler mit Förderschulabschluss nicht die entsprechende Anerkennung ihres Abschlusses erhalten und somit in der Gesellschaft diskriminiert werden.

Herr Regler weist u.a. darauf hin, dass auch Schülern aus sozialschwachen Verhältnissen alle Bildungschancen offen stehen.

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Landrat wird beauftragt, bis Ende des Jahres 2018 erstmalig einen Bildungsbericht des Landkreises zu erarbeiten, der regelmäßig (mindestens im 3-Jahres-Rhythmus) fortgeschrieben werden soll.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 19: Vergabe von Fördermitteln 2018 entsprechend der Richtlinie für die Vergabe von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Uckermark über 2.500,00 Euro.

Vorlage: BV/021/2018

(Frau Dr. Hofmann geht um 18:27 Uhr.)

Der Kreisausschuss stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Vergabe von Fördermitteln 2018 entsprechend der Richtlinie für die Vergabe von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Uckermark über 2.500,00 Euro gemäß Anlagen (Übersicht über nicht-investive Anträge mit einer Antragssumme über 2.500 € und Übersicht über investive Anträge).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig:

zu TOP 20: Berichterstattung der Geschäftsführung der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe
Vorlage: BR/013/2018

Frau Henckel erstattet anhand einer PowerPoint-Präsentation den Bericht der Geschäftsführung der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe.

Der Landrat hinterfragt die von Frau Henckel angesprochenen Maßnahmen zur Revitalisierung nicht mehr von der Bahn benötigter Bahnhofsgebäude.

Frau Henckel merkt an, dass sowohl bei den bereits verkauften als auch bei den noch nicht verkauften Bahnhofsgebäuden durch entsprechende Verhandlungen seitens des VBB geprüft werden soll, ob diese noch in irgendeiner Weise zumindest teilweise den Fahrgästen nutzbar gemacht werden können.

Herr Dr. Gerlach hinterfragt den aktuellen Stand zum Ausbau der Bahnstrecke Angermünde Stettin.

Herr Wichmann informiert in diesem Zusammenhang, dass nach der vom Kreistag verabschiedeten Resolution inzwischen auch die Europäische Kommission in Brüssel durch eine Delegation der CDU-Landtagsfraktion für den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Angermünde-Stettin sensibilisiert wurde.

Frau Henckel merkt an, dass ihr hierzu auch keine aktuelleren Informationen vorliegen. Sie plädiert jedoch dafür, bei den gemeinsamen Bemühungen hinsichtlich des zweigleisigen Ausbaus der Bahnstrecke gegenüber dem Bund nicht nachzulassen.

Herr Wichmann nimmt Bezug auf das angesprochene PlusBus-Konzept des VBB und möchte wissen, wann mit weiteren Schritten auch für die Uckermark-Region zu rechnen ist.

Frau Henckel weist hierzu u.a. auf das In-Kraft-Treten einer entsprechenden Richtlinie Ende des Monats hin, mit der auch die Bereitstellung von Fördermitteln und neue Finanzierungsmöglichkeiten für entsprechende Verbindungen verbunden sein werden.

Der Landrat ergänzt, dass in Zusammenarbeit mit den Landkreisen Barnim und Oberhavel bereits Abstimmungen laufen und geprüft wird, inwieweit das Thema PlusBus für UVG und die Uckermark eine Rolle spielen kann.

Auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden wird die Präsentation der Niederschrift als Anlage beigefügt (s. **Anlage 1**).

„Der Kreisausschuss nimmt die Berichterstattung der Geschäftsführung der VBB GmbH über die Umsetzung der öffentlichen Aufgabe zur Kenntnis.“

zu TOP 21: Berichterstattung der Geschäftsführung der tmu Tourismus Marketing Uckermark GmbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe
Vorlage: BR/012/2018

Frau Hoppe erstattet anhand einer PowerPoint-Präsentation den Bericht der Geschäftsführung der tmu Tourismus Marketing Uckermark GmbH zur Umsetzung der öffentlichen Aufgabe.

Frau Hoppe geht in ihrer Präsentation auf folgende Themen ein:

- Natur, Kunst und Kultur
- Nachhaltige Reiseregion
- DMO der Zukunft
- (digitale) Services für die Gäste und Partner
- Produkte und Qualität

Sie weist u.a. noch darauf hin, dass die tmu in den nächsten Tagen auch auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) vertreten sein und dort für den Uckermark-Tourismus werben wird.

Herr Schulze macht noch auf die Überreichung des Zertifikates „Nachhaltiges Reiseziel“ an die tmu aus den Händen des brandenburgischen Wirtschaftsministers am 09.03.2018 aufmerksam.

Herr Banditt zeigt sich sehr zufrieden mit der derzeitigen Arbeit der tmu. Er bittet Frau Hoppe, mit ihm noch einen gesonderten Termin zu vereinbaren, um gemeinsam über bestimmte Dinge zu sprechen.

Auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden wird die Präsentation der Niederschrift als Anlage beigefügt (s. **Anlage 2**).

„Der Kreisausschuss nimmt die Berichterstattung der Geschäftsführung der tmu GmbH über die Umsetzung der öffentlichen Aufgabe zur Kenntnis.“

zu TOP 22: Tätigkeitsbericht der Gleichstellungs-, Seniorenbeauftragte und der Beauftragten für Menschen mit Behinderung
Vorlage: BR/001/2018

Der Kreisausschuss nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.

zu TOP 23: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im IV. Quartal 2017
Vorlage: BR/004/2018

Der Kreisausschuss nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.

zu TOP 24: Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2016
Vorlage: BR/011/2018

Der Kreisausschuss nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.

zu TOP 25: Bericht des Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark für das Jahr 2017
Vorlage: BR/023/2018

Der Kreisausschuss nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.

**zu TOP 26: Jahresbericht 2017 und BuT-Berichterstattung
Vorlage: BR/017/2018**

Der Kreisausschuss nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen:

gez. Henryk Wichmann
Ausschussvorsitzender

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Wolfgang Gerhardt
Schriftführer